



FRAKTION IM LANDTAG
**MECKLENBURG-
VORPOMMERN**

FORDERUNGSPAPIER

Sofortmaßnahmen für die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern

Zu den Kernaufgaben des Staates gehört es, die Grundrechte aller Menschen und die damit verbundene Sicherheit in unserem Land wirksam zu schützen.

Die Bürger können nur frei leben und sich entfalten, wenn sie nicht befürchten müssen, dass ihre Grundrechte und Freiheiten durch Kriminalität, Terror oder Willkür gefährdet sind. Die öffentliche Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürger Vertrauen in den Staat haben. Ohne die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung ist ein freiheitliches Leben in einer demokratischen Gesellschaft nicht möglich.

Die Landesregierung muss den Realitäten endlich ins Auge sehen. Zwei Messerattacken in nur drei Tagen auf offener Straße sind Ausdruck einer massiven Verrohung im öffentlichen Raum. Diese Taten sind lediglich die Spitze einer seit Jahren fortschreitenden Erosion der inneren Sicherheit, die unter anderem auch mit dem unkontrollierten Migrationsgeschehen in Verbindung steht.

Wir brauchen eine sofortige Wende in der Migrationspolitik, um das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen.

Unsere gesellschaftlichen, finanziellen und sozialen Ressourcen sind durch das unkontrollierte Migrationsgesche-

hen erschöpft. Die Kommunen befinden sich an der Belastungsgrenze, die Menschen fühlen sich entfremdet, und die Straßen sowie öffentlichen Plätze werden zunehmend unsicherer. Die Bürger von Mecklenburg-Vorpommern haben ein Recht auf Sicherheit. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die aktuelle Eskalation weiter zuspitzt.

Rechtsstaatlich geordnete Sicherheit wird dort infrage gestellt, wo der politische Wille zu ihrer Durchsetzung fehlt. Am auffälligsten zeigt sich dies in der derzeitigen Migrationspolitik. Eine der Folgen der gegenwärtigen unkontrollierten Masseneinwanderung ist die dramatische Zunahme des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Kriminalitätsentwicklung.

Die AfD-Fraktion fordert daher umfassende Maßnahmen, um Transparenz über das Kriminalitätsgeschehen im Kontext der Migration herzustellen, die innere Sicherheit zu stärken und die unkontrollierte Zuwanderung zu stoppen.

Jetzt muss sich jeder einzelne Landtagsabgeordnete daran messen lassen, wie wichtig ihm die Sicherheit der Bürger in unserem Land ist.

01 Ausrufung des Migrationsnotstands für Mecklenburg-Vorpommern.

Wir brauchen einen sofortigen Aufnahmestopp und ein Einwanderungsmoratorium von mindestens einem Jahr für MV.

02 Mehr Transparenz in der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS).

Ein realistisches Lagebild ist die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Sicherheitspolitik. Daher muss auch der „Migrationshintergrund“ als Merkmal in der PKS künftig aufgeführt werden.

03 Generelles Waffen- und Messerverbot für Asylbewerber im öffentlichen Raum.

Wir fordern ein grundsätzliches Waffen- und Messerverbot für Asylbewerber und Menschen mit subsidiären Schutzstatus. Dies muss durch mehr Polizeipräsenz und Stichprobenkontrollen sichergestellt werden.

04 Ausbau der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Schwerpunkten

Die maßvolle Videoüberwachung an Hotspots der Kriminalität soll einen Beitrag zur Wiederherstellung des Sicherheitsgefühls unserer Bürger gewährleisten.

05 Optionale Amtshilfe der Landespolizei an der polnischen Grenze

Je nach Bedarf soll auch die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Amtshilfe illegale Grenzübertritte verhindern. Dazu bedarf es auch umfangreicher moderner Ausstattungstechnik für die Grenzüberwachung

06 Ausgangssperren in Asylunterkünften zwischen 19:30 - 06:00 Uhr

Die Ankunft als Asylbewerber in Deutschland ist kein Urlaub. Als eine Art strenge Erweiterung der Residenzpflicht, fordern wir tägliche Ausgangssperren von 19:30 - 06:00 Uhr in Asylunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen.

07 Aufbau einer polizeilichen Abschiebe-Task-Force und eines Rückführungsbeauftragten

Wir haben ein akutes Vollzugsdefizit bei den Abschiebungen in unserem Land. Die Dysfunktionalität des Abschiebungen ist den Bürgern nicht mehr länger zu vermitteln. Die Landesregierung muss jetzt handeln!

08 Unverzügliche Ausweisung von Asylbewerbern und Ausländern bei Straffälligkeit.

Wer als Gast in unserem Land straffällig geworden ist, muss die Koffer packen.